



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 66. Ratssitzung vom 8. November 2023

2457. 2022/570

Postulat von Anna Graff (SP), Dr. Florian Blättler (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 16.11.2022:

Unterstützung von Privaten zur Installation von CO₂-Messgeräten, Luftfiltern und viren-inaktivierenden Verfahren in stark frequentierten öffentlichen Räumen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Anna Graff (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 944/2022): Auch wenn man sich gern vom Gegenteil überzeugen will, ist COVID-19 nicht vorbei. Es ist immer noch eine Gefahr für die Gesundheit der Menschen und gehört nun zum Standardinventar der durch Aerosole übertragbaren Infektionskrankheiten, die die breite Bevölkerung in Wellen heimsucht. Wir befinden uns Anfang November, der Winter startete noch nicht richtig. In Europa verbreiten sich COVID-Varianten und damit das Risiko für Long COVID und schwere Krankheitsverläufe bei Risikopersonen. Dazu kommen zahlreiche saisonale Viren wie Influenza, das RS-Virus und Erkältungsviren. Insgesamt hat die hohe Virus-Zirkulation einerseits eine Krankheitslast für die Kranken zur Folge und andererseits eine erhöhte Belastung des Pflegepersonals. Ausserdem macht sich all dies in krankheitsbedingten Arbeitsausfällen in allen Berufsfeldern bemerkbar. Mit einem Angebotsabbau von Dienstleistungen ist nicht nur zu rechnen, in vielen Bereichen ist er bereits angekündigt. Die Verkehrsbetriebe (VBZ) fahren per 10. Dezember 2023 auf allen Tramlinien und zahlreichen stark frequentierten Buslinien täglich ab 20.30 Uhr nur noch im 15-Minuten-Takt, mitunter aufgrund einer hohen Krankheitslast und entsprechenden Personalausfällen. Das ist eine Katastrophe und führt vor Augen, wie wichtig es ist, sich mit umfassenden Ansätzen um die öffentliche Gesundheit zu kümmern. Massnahmen, die die Ausbreitung von durch Aerosole übertragbaren Krankheiten eindämmen können, sind wichtig für die Gesundheit der Bevölkerung, für die Entlastung des Pflegepersonals, für die Wirtschaft und für Dienstleistungen. Welche Massnahmen möglich und sinnvoll sind, ist zum Glück nicht mehr Gegenstand von Spekulationen. Zur Eindämmung von durch Aerosole übertragbare Infektionskrankheiten ist zentral, dass eine gute Durchlüftung oder eine gute Raumluftqualität durch andere Massnahmen sichergestellt werden kann. Weil die Raumluftqualität für andere Aspekte zentral ist, weil hohe CO₂-Konzentrationen zu einer Störung der kognitiven Fähigkeiten und damit zu schlechten Arbeitsergebnissen führen, gibt es bereits Gesetze und Normen, die eine gute Raumluftqualität in Schulen und bei der Arbeit sicherstellen sollen. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) empfiehlt deren Umsetzung und auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist in diesem Bereich aktiv. Die flächendeckende Verbesserung der Innenluftqualität ist für alle relevanten Stakeholder im Gesundheits- und im Umweltbereich eine Priorität. Es ist wichtig, dass auch in Zürich Bemühungen getätigt werden, um eine gute Raumluft sicherzustellen. Mögliche Massnahmen sind die Inbetriebnahme von CO₂-Messgeräten, um



das manuelle Lüften zu unterstützen, sowie Luftfilter oder viren-inaktivierende physikalische Verfahren in geschlossenen Räumen. Das sind Massnahmen, die vom BAG empfohlen werden. Im Juli 2023 hat eine Mehrheit des Rats ein Postulat von Christian Monn (GLP) und mir überwiesen, das eine derartige Luftqualität-Offensive in städtischen Gebäuden vorsieht. Mit dem vorliegenden Postulat fordert die SP den Stadtrat auf, Private dabei zu unterstützen, CO₂-Messgeräte, Luftfilter oder viren-inaktivierende Verfahren in geschlossenen Räumen zu installieren, die von der Öffentlichkeit stark frequentiert werden. Beispiele dafür sind Kitas, Supermärkte, Läden anderer Art oder Restaurants. Mit der Unterstützung von Privaten kann die Stadt einen wichtigen, langfristigen Beitrag zur Eindämmung von COVID-19, der Grippe und anderen durch Aerosole übertragbaren Infektionskrankheiten leisten. Das vorhandene und in den letzten Jahren gewachsene technische Wissen und die Informationsmittel der Fachgesellschaften und des Bundes sollen eine breite Anwendung finden. Obwohl es bei «Public Health»-Massnahmen nicht in erster Linie um finanzielle Überlegungen geht, dürfte der volks- und betriebswirtschaftliche Nutzen einer solchen Unterstützung die Kosten der Aufrüstung von privaten Innenräumen mit Messgeräten, Luftfiltern oder viren-inaktivierenden Verfahren klar übersteigen.

Walter Anken (SVP) begründet den von Reto Brüesch (SVP) namens der SVP-Fraktion am 30. November 2022 gestellten Ablehnungsantrag: Es geht um Messgeräte, Luftfilter und viren-inaktivierende Verfahren, die bei Privaten eingebaut werden sollen. Begründet wird das Ganze mit durch Aerosole übertragbare Infektionskrankheiten und deren wirtschaftliche Bedeutung – das ist zweifellos der Fall. Auch die Belastung des Personals sehen wir im Spital und bei den VBZ während der COVID-Krise. Der Stadtrat solle sich bei Privaten einmischen, die Rede ist von Gastronomie, Kitas und so weiter. Corona ist der Treiber für das Postulat. Corona ist aber, wenn man die Varianten betrachtet, definitiv am Abklingen; auch wenn im Moment ein Anstieg zu sehen ist, sind es mildere Varianten. Die Virenbelastung kann durch regelmässiges Lüften stark reduziert werden. Diese Massnahme muss in grossen Fabriken und Bürogebäuden umgesetzt werden. In diesen Gebäuden haben wir sehr oft kontrollierte Lüftungen. Es ist übertrieben, in grösseren privaten Räumen wie Kitas, Restaurants oder Einkaufszentren Messgeräte oder Luftfilter auf Vorrat einzubauen. Wir wissen nicht, wann die nächste Pandemie kommt. Solche Geräte müssen gewartet, ausgebaut und überprüft werden, denn die Geräte sind nicht jahrelang funktionsfähig. Es fallen also Kosten für CO₂-Messgeräte und Filter bei der Installation und der Wartung ab. Das wollen wir den Privaten und dem Steuerzahler nicht zumuten.

Weitere Wortmeldungen:

David Ondraschek (Die Mitte): Private dabei zu unterstützen, CO₂-Messgeräte zu installieren, bedarf nicht des Stadtrats, sondern im besten Fall eines Monteurs. Es gibt Projekte, bei denen Sensoren zur Messung der Luftqualität zur Verfügung gestellt werden. Die Daten werden durch KI-Modelle ausgewertet und es werden wissenschaftlich fundierte Empfehlungen zur Verbesserung der Luftqualität durch Pflanzen abgegeben. Private, die sich informieren wollen, werden fündig. Das im Postulat genannte Beispiel von Kitas zeigt sehr schön auf, dass durch Aerosole übertragbare Infektionskrankheiten



nicht mit Luftfiltern beizukommen ist. Ich stelle mir vor, wie die Kinder in einer Kita spielen und toben, sich lachend, klatschend und Nase tiefend begrüßen. Tatsächlich ist hier mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit von Übertragungen zu rechnen. Ich wage zu bezweifeln, dass Luftfilter in einer solch lebhaften Umgebung einen signifikanten Einfluss haben. Schutz ist wichtig, doch in diesem Fall ist er zu wenig durchdacht.

Deborah Wettstein (FDP): *Vor ein paar Monaten behandelten wir ein ähnliches Postulat GR Nr. 2022/567, das der städtischen Verwaltung Vorschriften zur Luftqualität in öffentlichen Räumen machen wollte. Wir wiesen damals darauf hin, dass es keine Notwendigkeit gibt, den zuständigen Profis, beispielsweise in den Pflegeheimen, detaillierte technische Vorgaben für die Wahrnehmung ihrer Verantwortung und die Ausübung ihres Berufs zu machen. Solche Mikromanagement-Aktivitäten, beziehungsweise Mikro-Regulierungen des städtischen Parlaments, sind ohne erkennbaren Nutzen und schmeicheln unserer Kompetenz von aussen wenig. Im schlimmsten Fall werden passendere Lösungen vor Ort demotiviert. Heute dürfen wir über beinahe dasselbe abstimmen. Jetzt sollen private, stark frequentierte Räume wie Kitas mikroreguliert werden. Konkret soll der Stadtrat prüfen, wie er Private bei der Installation von Messgeräten und Luftfiltern unterstützen kann. Wenn man das laut ausspricht, merkt man, wie unsinnig es ist. Seit der Pandemie haben öffentliche und private Betriebe ihre Prozesse im Bereich der Luftqualität angepasst. Zudem gibt es auf verschiedenen Ebenen Vorschriften und Empfehlungen. Nicht zuletzt befasst sich auf kantonaler Ebene ein ganzes Amt in der Baudirektion mit dem Thema, inklusive der Umsetzung der Bundesvorgaben. Es zeugt von Unwissen und Misstrauen gegenüber den erwähnten Betrieben, aber auch gegenüber den städtischen und kantonalen Behörden, wenn man davon ausgeht, dass es zu wenige Vorgaben und Unterstützungen für Private bei der Installation von Messgeräten und Luftfiltern gibt. Die Absicht mag gut sein, das Postulat ist jedoch unnötig, bevormundend und wirkt ein wenig praxisfern. Unter Anerkennung der vorhandenen Expertise und der Verantwortung von privaten Betrieben und der zuständigen Behörden, lehnt die FDP das Postulat ab.*

Tanja Maag Sturzenegger (AL): *Ich stelle einen eingrenzenden Textänderungsantrag: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er Private dabei unterstützen kann, CO₂-Messgeräte sowie Luftfilter und viren-inaktivierende Verfahren in geschlossenen Räumen von gemeinnützigen Kerninstitutionen zu installieren.» Wenn Menschen mittels der genannten technischen Mittel geschützt werden sollen, dann höchstens in Care-Institutionen, wo Betreuende, Kinder, Betagte, Pflegende und Patient*innen eng zusammen sind. Ich muss aber David Ondraschek (Die Mitte) Recht geben: Die Viren werden nicht nur über den Luftweg übertragen, sondern auch durch körperlichen Kontakt. Mit den technischen Hilfsmitteln kann man also nicht alles verhindern. Wir wollen zudem die weitere Einschränkung auf gemeinnützige Institutionen vornehmen. Die Ausweitung auf Restaurants, Supermärkte und so weiter geht uns zu weit. Auch wenn es lediglich um eine Unterstützung und Anregungen geht, erscheinen uns diese Bemühungen angesichts einer stabilen Lage in Bezug auf die Inzidenz viraler Infekte als zu gross.*

Florine Angele (GLP): *Anders als die FDP hat die GLP das erwähnte Postulat, das eine Luftqualität-Offensive in städtischen Einrichtungen forderte, mitunterzeichnet. In städtischen Gebäuden finden wir das unterstützenswert. Unserer Meinung nach gehört es zur*



Verantwortung der Stadt, eine gute Luftqualität in den eigenen öffentlich zugänglichen Gebäuden sicherzustellen. Der vorliegende Vorstoss zielt auf Private, ist nett gemeint, aber aus unserer Sicht leider nicht unterstützenswert. Der Aufwand ist unverhältnismässig. Wie nimmt man direkten Kontakt zu allen Betrieben auf? Es werden einige Beispiele genannt, aber die Liste würde sich wohl ausdehnen. Würden wir alle Messgeräte, Luftfilter und die jährliche Wartung finanzieren? Wir sind davon überzeugt, dass Private ein Eigeninteresse haben, dass die Luftqualität stimmt. Denn sie sind am Wohlbefinden der Kundinnen und Kunden interessiert; sie sind auf sie angewiesen. Seit der Pandemie fand eine enorme Sensibilisierung statt. Wir gehen davon aus, dass die betroffenen privaten Institutionen bereits heute sehr stark auf die Luftqualität achten. Drittens kann jeder von uns selbst entscheiden, ob er einen Ort frequentieren oder dabei vielleicht eine Maske tragen will. Das ist seit der Pandemie völlig normal und fällt nicht auf. Ich habe selbst ein Kind in der Kita. Man kann lange lüften und Luftfilter anwenden, solange die Kinder die Spielzeuge zusammen ablecken, nützen diese Massnahmen wenig.

Dr. Florian Blättler (SP): *Dr. Frank Rühli (FDP) sagte vorhin «nach der Pandemie ist vor der Pandemie». Ich komme mir vor, wie bei der Debatte im Jahr 1855 nach der ersten grossen Cholera-Pandemie in der Stadt Zürich. Wir haben die Pandemie hinter uns und wollen am liebsten nicht mehr daran denken. Damals erlebten wir zwölf Jahre später eine zweite Epidemie mit verheerenden Auswirkungen, nicht nur für die Gesundheit der Stadtbevölkerung, sondern auch für die Wirtschaft. Umliegende Gemeinden verboten ihren Bürgern, in die Stadt arbeiten oder einkaufen zu gehen, da die Gefahr bestand, sich hier anzustecken. Wir ergriffen damals Massnahmen, um die Wasserqualität zu verbessern. Seither hatten wir keine solche Cholera-Epidemie. Sauberes Trinkwasser kostet uns jährlich 150 Millionen Franken. Das ist der Preis, um solche Krankheiten zu bekämpfen. Die grossen Epidemien des 20. Jahrhunderts, abgesehen von AIDS, waren alle durch Aerosole übertragbare Epidemien. Wenn solche Pandemien in Zukunft eingeschränkt werden sollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass dort saubere Luft herrscht und die Virenlast tief ist, wo viele verschiedene Leute zusammenkommen. Dazu gehören Kitas und Einkaufszentren. Ich hoffe, Ihre Kinder bringen aus der Kita keine Krankheiten mehr wie Typhus nach Hause. Selbst wenn ein anderes Kita-Kind Typhus hätte, ist eine Ansteckung mit Anhalten oder der Benutzung der gleichen Spielzeuge nicht möglich. Viren haben verschiedene Übertragungswege. Durch saubere Luft können wir Krankheiten bekämpfen, die über Aerosole und nicht über Schmierinfektionen übertragen werden. Ein Beispiel dafür ist COVID. Wenn wir etwas gegen die Pandemien der Zukunft unternehmen wollen, dann müssen wir uns gewahr sein. Es könne nicht alle ins Homeoffice oder sich alles nachhause liefern lassen. Wir müssen damit leben, dass ein grosser Teil der Bevölkerung das nicht kann und dass wir Pandemien auch zum Wohl der Wirtschaft unterbinden müssen. Die Textänderung lehnen wir ab, weil an allen Orten, an denen sich Leute begegnen, Massnahmen ergriffen werden müssen.*

Das Postulat wird mit 37 gegen 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat